Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.65 Mark, vierteljährlich 4.40 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeintragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeiger werd. s. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmstellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 5 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 77. Halle, Sonnabend, den 15. Februar. 1919.

Deutschlands außenpolitisches Programm.

Fehrenbach zum Präsidenten der Nationalversammlung mit 295 Stimmen gewählt. — Vizepräsidentenwahl. Die Leitsätze unserer Auslandspolitik. — Hindenburg bittet um Hilfe für den Osten.

Weimar, 14. Februar.

Vizepräsident Haußmann eröffnet die Sitzung am 2 Uhr 25 Min. Zunächst findet die

Wahl des Präsidenten

der Nationalversammlung statt. Von 334 abgegebenen Stimmen entfallen 295 auf den Zentrumsabgeordneten Fehrenbach, 32 sind ungültig, 7 zersplittert.

Fehrenbach erklärt, er nehme die Wahl an. Er werde bestrebt sein, mit strenger sachlicher Unparteilichkeit seines Amtes zu walten, aber auch die Ordnung und Würde des Hauses zu wahren.

Sodann findet die

Wahl des Vizepräsidenten

anstelle von Fehrenbach statt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Heinrich Schulz-Ostpreußen wird mit 279 von 327 abgegebenen Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt. 4 Stimmen sind zersplittert, 34 ungültig.

Darauf setzt das Haus die

Besprechung der Regierungserklärung

fort.

Reichsminister des Auswärtigen von Brockdorff-Rantzau: Die Neubestätigung gibt mir Recht und Pflicht, Ihnen Rechenschaft abzulegen über die Grundlinien, nach denen ich die auswärtige Politik im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik zu führen gedenke. Ich kann die

Aufgaben der deutschen Außenpolitik

in zwei Gruppen zusammenfassen: die Beseitigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler Beziehungen zur Völkergemeinschaft.

Leider hat Deutschlands freiwillige Entwaffnung die Feinde nicht milder gestimmt. Andauernd haben sie den Versuch gemacht, auf diesem Wege Fragen zu regeln, die

unzweifelhaft zu den Gegenständen des Friedensschlusses

gehören. Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde auch zukünftig solche Versuche zurückweisen. Wir sind im Begriff, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Friedensheer, das wir im Osten gut gebrauchen könnten, durch eine neue republikanische Truppe zu ersetzen.

Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen

und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten, die es mit den Gegnern vereinbart hat. Diese Bedingungen bedeuten eine völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschland. Zur Beschränkung unserer Souveränität, der bindenden Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter eine andere Schiedsgerichtsbarkeit und dem Verzicht auf eine Rüstung sind wir bereit, wenn unsere bisherigen Gegner und unsere künftigen Nachbarn sich den gleichen Beschränkungen unterwerfen. Wir erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland auf den Haager Friedenskonferenzen in diesen grundlegenden Fragen angenommen hatte, eine historische Schuld in sich trägt, für die unser Volk jetzt büßen muß. Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs das Geständnis ein, daß Deutschland im Sinne feindlicher Behauptungen allein den Weltkrieg verschuldet habe. Wir halten deshalb

an den Wilsonschen Grundsätzen fest,

daß dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen und keine Gebiete der Besiegten abzutreten sind. Wenn wir in dem von uns besetzt gewesenen Gebiet das Zerstörte wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun. Wir verwahren uns dagegen, daß man unsere Kriegsgefangenen solche Arbeit als Sklaven verrichten läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Aus der Tatsache, daß unsere Gegner den Sieg zu einem überwältigend großen Teile nicht militärischer, sondern

wirtschaftlicher Kriegsführung verdanken,

folgt, daß der Friede nicht nur ein politischer, sondern wesentlich auch ein wirtschaftlicher Friede sein muß. Wir dürfen daher annehmen, daß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 fallen gelassen werden. Eine auch nur zeitweilige Differenzierung Deutschlands auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs wäre

für uns unannehmbar.

Allerdings müssen auch wir in der Handelspolitik umlernen. Das hängt gewiß zum Teil mit der einseitigen bureaukratischen Besetzung unseres auswärtigen Dienstes zusammen. Deshalb ist es mein Plan insofern, Praktiker mehr als bisher in den auswärtigen Dienst einzustellen. Den Anfang habe ich bereits gemacht. Die Freiheit des Handels setzt

Freiheit der Meere

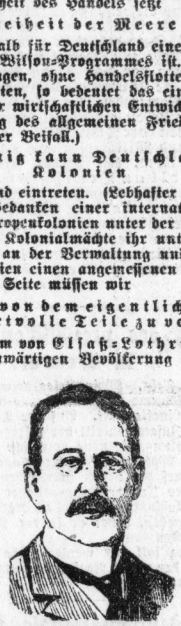
voraus, die deshalb für Deutschland einer der wichtigsten Punkte des Wilson-Programmes ist. Wollte man Deutschland zwingen, ohne Handelsflotte in den Völkerbund einzutreten, so bedeutet das eine gewaltsame Umkehrung seiner wirtschaftlichen Entwicklung, die eine stetige Bedrohung des allgemeinen Friedens bedeuten würde. (Lebhafter Beifall.)

Ebensowenig kann Deutschland ohne Kolonien

in den Völkerbund eintreten. (Lebhafter Beifall.) Wir stimmen dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über die Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen, und daß Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält. Auf der anderen Seite müssen wir

gefaßt sein, von dem eigentlichen Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren.

Das gilt vor allem von Elsaß-Lothringen. Dem Rechte der gegenwärtigen Bevölkerung Elsaß-Lothrin-



Graf Brockdorff-Rantzau,
Minister für auswärtige Angelegenheiten.

gens wird Gewalt angetan, wenn jetzt die französische Okkupationsmacht das Land

wie ein endgültig erobertes betrachtet

und alle Elemente vertreibt oder gefangen setzt, in denen sie ein Hindernis gegen ihre imperialistischen Pläne sieht, und wenn sie den natürlichen Anspruch eines Volkes auf seine Sprache durch gewaltsame Verwelschung antastet. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Aus der Tatsache, daß die Friedenskonferenz noch ihre Siegel nicht unter Elsaß-Lothringens Schicksal gedrückt hat, leiten wir die Befugnis her, für der Elsaß-Lothringer Recht einzutreten, daß ihre Stimme bei der Entscheidung über ihr Schicksal gehört wird. Der französische Plan, das preußische Saargebiet oder die bayerische Pfalz an Elsaß-Lothringen anzugliedern, bedeutet

eine imperialistische Vergewaltigung,

die genau so scharf verurteilt werden muß, wie frühere Absichten deutscher Chauvinisten auf das Becken von Longwy und Briey. Freilich hat Frankreich an jeder Schwächung Deutschlands politisches Interesse, solange beide große Nationen sich gegenseitig als Erbfeinde betrachten, und deshalb bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstehen. Die Friedenskonferenz wird die Aufgabe haben, Garantien zu schaffen, die einen solchen Zustand als sinnlos erscheinen lassen. Nur versuche man nicht, die Garantien darin zu finden, daß man Teile des Reichsgebietes loslöst,

die zu seinen lebenswichtigen Gliedern gehören.

Redner kommt sodann auf die Pläne der

Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik

und die Los von Berlin-Bewegung im Süden zu sprechen und erklärt dazu: Mag die Wiederherstellung der Mainlinie für den Augenblick vielleicht Vorteile versprechen, auf die Dauer wird eine solche Trennung mit Sicherheit zum Untergang staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit der getrennten Glieder führen. Ein einiges Reich ist Deutschlands natürlicher Lebensborn. Wir gedenken, weder aus Schweizern noch aus Niederländern Deutsche zu machen. Von den skandinavischen Völkern annektieren wir nur die Sagen ihrer Vorzeit und die Dichter ihrer Gegenwart. Aber mit

unseren österreichischen Brüdern

hatten wir bis zum Zusammenbruch des römischen Reiches deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wenn wir uns jetzt wieder zusammenfinden, so wissen wir, daß wir nur

eine späte Korrektur an einem Fehler der Reichsgründung

vornehmen, der die Friedenskonferenz ihre Sanktion gewiß nicht versagen wird. Schon jetzt dürfen wir Verwahrung einlegen gegen die Unbill, die Deutsch-Oesterreich von ehemaligen Reichsgenossen angetan wird. Redner kommt dann auf die Uebergriffe des neuen tschechoslowakischen Staates gegen Deutsch-Oesterreich zu sprechen und legt scharfen Protest dagegen ein. Ueber die wirtschaftlichen Bedürfnisse des tschechoslowakischen Staates wird ruhig verhandelt werden können. Das neue Deutschland hat am

Gedeihen des aufstrebenden Nachbarn ein gleichbedeutendes Interesse,

wie dieser an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundheit. Sind wir hierzu entschlossen, ringsumher zugunsten deutscher Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Da es strittig ist, welches Gebiet unter den 13 von Wilsons Programmpunkten fällt, so mag

eine unparteiische Instanz

darüber entscheiden. Bis dahin gehören diese Gebiete zum Reich. (Zustimmung.) Unser eigener Vorteil verlangt, daß die Haßatmosphäre, die augenblicklich die deutsch-polnischen Beziehungen vergiftet, noch vor Beginn der Friedensverhandlungen einer Luft des gegenseitigen Verständnisses weicht. Leider können wir nicht voraussehen, daß wir im polnischen Staate einen bequemen Nachbarn haben werden. Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Prüfung der gemeinsamen Interessen und durch gegenseitige Schonung der nationalen Eigenart einen modus vivendi zu finden. Dazu gehört vor allem die Anerkennung des polnischen Rechtes auf gesicherten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch vertragsmäßige Regelung der Weichselschiffahrt und durch Eisenbahn- und Hafenkonzessionen gelöst werden,

ohne daß die Reichshoheit über unveräußerliches westpreußisches Gebiet angetastet zu werden braucht.

Auch gegen eine Stellung dieser Rechte, wie überhaupt der polnischen Selbständigkeit unter internationale Garantien hätte Deutschland nichts einzuwenden, solange darin keine Spitze gegen einen bestimmten Nachbarn enthalten ist. Was den deutschen Polen recht ist, ist den deutschen Dänen billig. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, hoffe ich, daß an unserer Nordgrenze ein Vorbild geschaffen wird, wie in freier Verständigung, in redlichem Ausgleich langjähriger Völkerzwist zu aufrichtiger dauernder Völkerversöhnung geführt wird. (Beifall.)

Nach dem Weltkrieg der Volksmassen mußten Fragen der

sozialen Befreiung der Arbeiterschaft

international entschieden werden. Es würde zum Nachteil sozial gewissenhafterer und fortgeschrittener Nationen ausschlagen, wenn es den Ausbeutern menschlicher Arbeitskraft freistände, den ungerechten Vorteil ihrer niedrigeren Produktionskosten zur Ausschaltung ihrer Mitbewerber auszunutzen. Aber das Ziel, das hier verfolgt wird, ist nicht materieller, es ist edlerer Natur. Ihm liegt der große Gedanke zugrunde, die allen Menschen gemeinsame Aufgabe, das Leben innerlich reicher und vollkommener zu gestalten und nicht inmitten gesteigerter Kultivisation zu Maschinenteilen des Produktionsprozesses herabzusinken. Es handelt sich um friedliche Verständigung über den Weg, den die soziale Entwicklung nehmen soll. Der

Gedanke sozialer Befreiung

ist nirgends mehr zu Hause als in Deutschland. Das legt uns die vornehme Pflicht auf, Frieden nicht zu schließen ohne den Versuch, unser soziales Programm international zu sichern. Es war eine

Verleugnung unseres sozialen Geistes,

daß die Friedensverträge, die Deutschland mit den Ostmächten schloß, rein kapitalistischen Charakter trugen. Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich bei den Vorschlägen für die Friedensbestimmungen über Arbeiterrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung wesentlich auf den Boden der Beschlüsse der bekannten Konferenzen in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190215010/fragment/page=0001

beeds und Bern zu stellen. Vom kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem von Wilson verkündeten Völkerbund eine feste Organisation schafft. Deutschland ist entschlossen, an der

Ausgestaltung des Bundes

rückhaltlos mitzuarbeiten, obwohl die anderen uns nur mit tiefem Mißtrauen zulassen werden. Dieses Mißtrauen müssen wir durch Beweise aufrichtiger Friedensliebe überwinden. Ein solcher Beweis wird zunächst in unserer entschlossenen Abkehr von jeder Rüstungspolitik liegen. Denn eine Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffenmacht stützt, ist zwar eine bequeme, aber meist eine schlechte und unfruchtbare Politik. Von mir jedenfalls werden Sie eine solche Führung der Reichsgeschäfte erwarten dürfen, die nicht alle Augenblicke ans Schwert schlägt, um ihre Absichten durchzusetzen, sondern den Gegner davon überzeugt, daß es sein eigenes Interesse ist, auf unsere Absichten einzugehen. Mit der

äußeren Abrüstung

muß die geistige Abrüstung Hand in Hand gehen. Alle Differenzen rechtlichen Charakters, die zwischen uns und einem anderen Volke auftauchen, müssen wir in versöhnlichem Geiste behandeln, und wenn sie diplomatisch nicht zu schlichten sind, dem Urteile eines Schiedsgerichts unterbreiten. Daneben werden wir uns angelegen sein lassen, internationale Einrichtungen zur Vermittelung und Einigung auszubauen.

Der Völkerbund

bedarf auch gewisser Zwangsmittel, um seine Beschlüsse zu vollstrecken. Der damit verbundene Verzicht auf einen erheblichen Teil der Souveränität kann einem freien Volke nur zugemutet werden, wenn es an der Exekutive beteiligt ist. In einem Völkerbund, bei dem wir ausschließlich Objekt der Exekutive sein würden, werden wir nicht eintreten können. Trotz mancher Schwierigkeiten gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß die durch den Weltkrieg gemarterte Menschheit diese neue bessere Regelung des Völkerverkehrs als Frucht ihrer Opfer und Leiden davontragen wird. Dann wird es möglich sein, daß der Haß allmählich wieder der Achtung Platz macht, ohne die kein menschlicher Verkehr bestehen kann. Das gilt nicht nur für die feindlichen Nationen im Westen, sondern auch vom

Nachbar im Osten,

mit dem wir jetzt ohne Vertrag und diplomatische Beziehungen in tatsächlichem Kriegszustande leben. Die russische Sowjetrepublik hat der Entente erklärt, sich mit ihr in Verhandlungen auf der Grundlage einlassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei anderen Völkern einstellt, dafür aber die politischen Verhältnisse Rußlands ohne fremde Einmischung regelt. Was Deutschland anbanet, habe ich kein Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Rußland anzustreben. Nur die eine Bedingung wäre zu stellen, daß auch Rußland das Selbstbestimmungsrecht der Völker annimmt. Der Völkerbund würde aber ein Torso bleiben, wenn nicht

auch die Neutralen

angezogen würden. Man wird sie um so weniger ausschließen wollen, als man ihnen vielfach zu großem Dank verpflichtet ist für die Leistungen und Opfer, die diese zugunsten Angehöriger der Kriegsparteien auf sich nahmen. Ich benutze die Gelegenheit, den Teil der Dankesschuld, der auf Deutschland entfällt, im Namen des ganzen deutschen Volkes freudig anzuerkennen und bin dabei der Zustimmung der deutschen Nationalversammlung gewiß. (Lebhafte Zustimmung.) Ich denke besonders an die hervorragenden, unvergeßlichen Dienste, die Volk und Regierung in Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Spanien und der Schweiz den

deutschen Internierten und Gefangenen

geleistet haben, und der freundlichen Aufnahme, die dort viele unserer Kinder und Kranken während des Krieges finden durften. (Lebhafte Zustimmung.) Das Vertrauen, das ich von Ihnen erbitte, wird nicht beeinträchtigt werden durch den Namen, den ich von meinem Vorfahren übernommen habe. Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß man zugleich Graf und überzeugter Demokrat sein kann. Diese Nationalversammlung muß die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Der Krieg, der Ihre Debatte leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger

das deutsche Volk als gleichberechtigt

anerkennen oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, welche es zwingen würden, lieber die äußersten Folgen zu ertragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Gewiß, wir haben nach innen und außen manches gut zu machen, besonders gegenüber Belgien, und eben deshalb haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu führen. Aber wir haben auch unschätzbare, wertvolle innere und äußere Güter zu verteidigen, deshalb die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbständigkeit auch dem Sieger gegenüber zu behaupten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind besiegt, aber nicht entehrt. Zu einem Teile ist das deutschen Volkes Würde in meine Hand gegeben. Ich gelobe, daß ich sie bewahren will. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Eine lange Rede hielt der württembergische Mehrheitssozialist Keil. Der Redner hat sich im Kriege sehr scharf für die Verteidigung Deutschlands eingesetzt. Er hatte auch mancherlei geschrieben, das

das Recht Deutschlands zu seinem Verteidigungskriege

betont. Heute aber ging er mit den Kriegsverlängerern scharf ins Gericht. Im übrigen bewegten sich seine Ausführungen auf den gleichen Bahnen, wie sie bereits von seinen Parteifreunden Dr. David, Ebert und Scheidemann eingeschlagen worden sind.

Letzter Redner war Graf Posadowsky. Er führte u. a. aus: Die Aufgabe der Parteien ist die: Wie können wir unser Vaterland aus seiner Not erretten. Dazu gehört aber eine große Opferung. Um den aufzubauenden Staat in einer Fata morgana leuchten zu lassen, läßt man an dem alten dynastischen Staate kein gutes Haar. Man hat von einer Gewaltherrschaft gesprochen. Das Reich hat das freieste Wahlrecht der Welt (Zuruf: Preußen) gehabt, hatte eine vorbildliche Rechtspflege, hatte ein musterhaftes Schulwesen. Kein Land hat so viel auf sozialpolitischem Gebiete getan als Deutschland. Wir hatten ein freies Vereins- und Versammlungsrecht. Heute hören wir das alte Schlagwort von der Junkerherrschaft. Ich habe Herrn Ebert ersucht, mir ein Privatissimum über das zu lesen, was er unter Junkerherrschaft versteht. Die jetzt ist er mir kein Privatissimum schuldig geblieben. Es bestand keine Standesherrschaft in Deutschland. In keinem Lande besteht eine solche aufsteigende Klassenbewegung wie in Deutschland. — Den Arbeiter- und Soldatenräten wirft der Redner die Schuld an der jetzt in vielen Gemeinden bestehenden Desorganisation vor. Der Redner bespricht die deutsche Innen- und Außenpolitik der vergangenen Zeiten, bespricht weiter die Kolonialpolitik, die Kriegführung u. dgl. und

spricht Deutschland von der Schuld am Kriege frei.

Im übrigen bewegten sich seine Ausführungen, die zuweilen recht seine Spitzen brachten, durchaus in dem Fahrwasser, in dem er in seiner Rede im Zoologischen Garten in Halle segelte.

Nächste Sitzung morgen Sonnabend nachmittag 2 Uhr. Tagesordnung: Erste und eventuell zweite Lesung der Budgetvorlage. Fortsetzung der Beratung der Regierungserklärung.

Ein Appell Hindenburgs.

„Eilt herbei, um mir zu helfen!"

WTB. **Berlin**, 14. Februar. Amtlich wird gemeldet:

„Nachdem der Grenzschutz Ost der Obersten Heeresleitung übertragen worden ist, habe ich mit dem heutigen Tage mein Hauptquartier nach dem Osten verlegt. Als ich im August 1914, zum Oberbefehlshaber der 8. Armee ernannt, im Osten eintraf, standen mir schwere Aufgaben bevor. Dank der Vortrefflichkeit von Führer und Truppen gelang es bei Tannenberg und den Masurischen Seen, unsere Ostmarken vor dem feindlichen Einfall zu bewahren. Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre, um dort im Auftrage der Reichsregierung das Kommando zu führen, so erfüllt mich schwere Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes. Nicht weil wir, von der Uebermacht unserer Feinde und der Hungerblockade erdrückt, um Frieden bitten mußten, sondern weil ich unser Volk in sich zerrüttet und erschlafft in Wollen sehe. Viele stehen abseits und haben mit den Feinde am Vaterlande auch jeden Opfersinn verloren. Wohin soll uns dieser Zustand führen? **Wir müssen hindurch.** Entschlossen an die Arbeit zum besten des Vaterlandes! Dazu gehört in erster Linie, daß wir eins sind in der Liebe zur Heimat und den alten deutschen Boden schirmen vor dem neuen Feinde, dem Bolschewismus, der die Kulturwelt bedroht. Ihr Freiwilligen und jungen Kameraden, die Ihr zum Schutze der Ostmarken Euer Leben einzusetzen entschlossen seid, denkt an die Getreuen vom Jahre 1914! Und Ihr, meine alten Kameraden und Mitkämpfer von Tannenberg und den Masurischen Seen, eilt herbei, um mir zu helfen! **Mein Appell an Deutschlands Söhne darf nicht ungehört verhallen.** Welchen Stammes Ihr seid, ob Bayern, Sachsen, Schwaben oder Preußen, welcher Partei Ihr angehört, wir sind alle Deutsche! Vergeßt, was uns trennen könnte. Einet Euch wieder zusammen in Liebe zur Heimat, in Selbstzucht, Disziplin und Vertrauen zu Euren Führern!

von Hindenburg."

Sitzung des preußischen Kabinetts in Weimar.

Berlin, 14. Febr. (Privattelegramm.) Wie wir hören, findet am 17. Februar in Weimar eine wichtige Sitzung des preußischen Kabinetts statt. Auf der Tagesordnung stehen vor allem der Zusammentritt der gesetzgebenden preußischen Landesversammlung, die neue preußische Verfassung und die Aenderung der Wahlen zu den Kreistagen.

Der Entwurf der neuen preußischen Verfassung ist im Ministerium des Innern ausgearbeitet worden und wird nach der Beschlußfassung durch das Kabinett zunächst dem Zentralrate zugehen, bevor er in der Landesversammlung eingebracht werden kann.

Die Tagung soll nur wenige Tage umfassen und der Konstituierung der neuen Regierung gelten. Die Verfassung soll später beraten werden.

Drei deutschnationale Anträge.

Weimar, 14. Febr. Der Nationalversammlung gingen drei Anträge von Arnstadt (Deutschnational) zu. Der erste Antrag verlangt, die Reichsregierung möge aufs schärfste den Annexionsgelüsten nationalistischer Kreise Dänemarks hinsichtlich der deutschen Nordmark entgegentreten. Der zweite Antrag betrifft die Vorlegung der Verordnung über Siedelungen zur Sanktionierung durch die Nationalversammlung, sowie die Vorbereitung umfassender Wohnungsgesetzgebung. Schließlich fordert der dritte Antrag einen Gesetzentwurf betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Graf Bernstorff über das Saargebiet.

Berlin, 14. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Bei einem Interview mit den Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur United Preß über das Saargebiet erklärte der mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen beauftragte Graf Bernstorff kategorisch, daß es für Deutschland eine Saargebietsfrage nicht gebe. Er lehnte den Anspruch Frankreichs auf dieses kerndeutsche Gebiet auf das bestimmteste ab. Er sagte u. a.: Aber selbst wenn Frankreich 1815 durch die Besannexion des Teiles des Saarbeckens, das es damals besaß, ein Unrecht geschehen wäre, so könnte dennoch die Angelegenheit nicht vor die jetzige Friedenskonferenz gebracht werden, da alle Parteien übereingekommen sind, daß der Friede auf der Grundlage der Wilsonschen 14 Punkte geschlossen werden soll, die nur von einem Frankreich 1870 angetanen Unrecht sprechen. Anderes deutsch-französisches Grenzgebiet als das eigentliche Elsaß-Lothringen — ohne künstliche Erweiterung — kann somit einer Regelung auf der kommenden Friedenskonferenz unmöglich unterliegen.

Ebert über Zukunftsaufgaben.

Budapest, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der Korrespondent des Az Est hatte in Weimar eine Unterhaltung mit dem Reichspräsidenten Ebert, in der dieser erklärte: Demokratie und Frieden waren die beiden Kräfte, die uns gerettet haben. Wir glauben, daß diese Kräfte in der ganzen Welt siegen werden. Auf die Demobilmachung einsehend sprach Ebert: Wir werden nur diejenigen Truppen behalten, die zur Verteidigung der Grenzen notwendig sind. Ueber die Zusammensetzung der deutschen Friedensdelegation erklärte Ebert, daß die deutsche Regierung wahrscheinlich Dr. David und den Grafen Brockdorff-Rantzau entsenden werde. Die Friedensdelegation werde mit einem neuzeitlichen, fortschrittlichen Programm ausgestattet werden. Schließlich äußerte sich Ebert auch über die künftige deutsche Armee. Er erklärte, daß das kommende Heer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht aufgestellt werden würde.

Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen?

Leipzig, 14. Februar. (Privattelegramm.) Wie dem „Leipziger Tageblatt" aus Basel berichtet wird, sind nach dem Bureau Europa Preß auf Grund bisher unbestätigter Meldungen aus Bern die Waffenstillstandsverhandlungen in Trier abgebrochen worden, da die deutschen Delegierten die französischen Forderungen als unannehmbar erklärt hatten. Die deutschen Delegierten seien bereits wieder abgereist. Foch lege es darauf an, uns den Krieg mit Deutschland zu erneuern.

Radek will entlassen sein!

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, hat der verhaftete Bolschewistenführer Radek durch seinen Verteidiger beim Untersuchungsrichter den Antrag auf Haftentlassung stellen lassen. Radek begründet diesen Antrag damit, daß er als Chef einer russischen Gesandtschaft, die von Moskau nach Berlin gesandt worden sei, das Recht der Exterritorialität genieße.

Vom Angestelltenstreik in Berlin.

Berlin, 14. Februar. Aus Anlaß des Hausdienerstreiks kam es gestern nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr in der Leipziger Straße an vielen Stellen zu Ausläufen. Nachdem die kaufmännischen Angestellten der großen Waren- und Geschäftshäuser sich den Hausdienern angeschlossen hatten, suchte eine Abordnung von Streikenden von etwa 600—700 Mann die Ladengeschäfte der Reihe nach von Osten nach Westen auf, um die Angestellten zum Anschluß an den Streik und die Inhaber zum Schließen der Geschäfte zu bewegen. In den meisten Fällen wurde den Aufforderungen Folge geleistet. Gewalttätigkeiten sind nicht vorgekommen.

Streikdrohung der Leipziger Beamtenschaft.

Leipzig, 14. Februar. (Privattelegramm.) Wie die Streckenarbeiter, so haben auch die Eisenbahnbeamten, sowohl die höheren, wie die mittleren und unteren der Regierung Forderungen überreicht, die in Form eines Ultimatums gehalten und durch eine Streikdrohung verstärkt waren. Die Regierung hat die Forderungen vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung der sächsischen Volkskammer genehmigt.

280 Milliarden Mark Forderung!

Amsterdam, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Paris gemeldet wird, wurde auf der Friedenskonferenz gestern auch die Schadenersatzfrage berührt. Wie verlautet, stellt sich danach die Forderung der Entente auf insgesamt 280 Milliarden Mark. Ursprünglich wollten die Alliierten einen höheren Betrag fordern. Auf Vorschlag Amerikas seien dann jedoch weitgehende Streichungen vorgenommen worden.

Präliminarfrieden bis Ende April?

Amsterdam, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet, daß Lloyd George gestern im Unterhause die Erklärung abgab, daß der Präliminarfrieden spätestens bis Ende April abgeschlossen sein werde.

Die Neutralisierung des linken Rheinufers genügt nicht!

WTB. **Bern**, 14. Februar. (Drahtnachricht.) Im La Croix fordert General Pétain die definitive Annexion des Straßburger Hinterlandes auf dem Rheinufer (Kehl), sowie die Besatzung der neutralen Zone vom Brückenkopf Köln bis zur holländischen Grenze, ferner Garnisonen in allen Häfen auf dem rechten Rheinufer. — Action Française vom 7. d. M. sagt, die Neutralisierung des linken Rheinufers genüge nicht, das Blatt verlangt die Festlegung einer festen strategischen Grenze.

Englische Bergarbeiter für den Generalstreik.

Southport, 14. Februar. (Reuter.) Die Konferenz der Bergarbeiter hat eine Resolution angenommen, die alle Mitglieder der Föderation dringend auffordert, zugunsten des Generalstreiks im ganzen Lande zu stimmen, solange die Forderungen der Bergarbeiter nicht erfüllt seien. Die Konferenz schlägt den 15. März als Tag der Arbeitseinstellung vor.

Reuter über die militärische Lage.

London, 14. Februar. Reuter teilt über die militärische Lage in Europa mit: Im europäischen Rußland würden Versuche unternommen, die Organisation des Sowjetheeres weiter zu entwickeln. Fliegerschulen seien errichtet worden. Die Truppen in Petersburg und Nordwestrußland seien noch sehr unzuverlässig. Der Letzte Detletje sei zum Oberbefehlshaber unter Trotzky ernannt worden. Die Protration für das Sowjetheer sei von zwei auf ein Pfund herabgesetzt worden. An der Nordfront betrügen die Streitkräfte der Bolschewisten 23 000 Mann mit 151 Maschinengewehren und 66 schweren und Feldgeschützen. Nach dem Vordringen der Bolschewisten bei Sverdmechenga, 100 Meilen südöstlich von Archangelsk, habe ein Gegenangriff der Alliierten sie gegen 6 Meilen zurückgetrieben. Auf der Ostfront habe der rechte Flügel des sibirischen Heeres westlich Cherdin und Solikomsk Fortschritte erzielt. Auf der Westfront seien die Esländer, die von den Finnen unterstützt würden, im Besitze der Bahnlinie Platow—Walk bis östlich von Walk.

Belgische Truppen in Duisburg eingerückt.

WTB. **Duisburg**, 14. Febr. In der vergangenen Nacht rückten hier auf Anordnung des belgischen Abschnittskommandeurs infolge der Vorkommnisse am Mittwoch belgische Truppen mit Maschinengewehren ein, um weitere Unruhen zu verhüten. Es ist eine Kompagnie eingerückt, der zwei weitere folgen sollen. Die Truppen kamen gerade vor dem Rathause an, als dort drei Hamborner Spartakistenführer vorgeführt waren, um vom Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren zu erzwingen. Die Belgier hielten das Auto an. Die Spartakisten versuchten zu entkommen und eine Handgranate gegen die belgischen Truppen zu werfen, was jedoch vereitelt wurde. Die drei Spartakusleute wurden so schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Belgier besetzten zum Schutze der Verwaltung das Rathaus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190215010/fragment/page=0002

Großes Reinemachen im Soldatenrat.

Schiebungen mit Köperstoffen. — Riesenprovisionen der S.-Ratsmitglieder Rosenberg, Beilicke und Schnabel. — Standesunwürdige Sektgelage. — Nachrede gegen den früheren Vorsitzenden Gruner.

Zu einer sehr erregten Aussprache fanden sich gestern nachmittag 4 Uhr die Mitglieder des hallischen S.-Rates zusammen. Der Soldatenrat hatte im Auftrage der Reichsverwertungsstelle der städtischen Altkleiderstelle große Posten Leinen und Köper aus Heeresgut verkauft, aber vier geschäftstüchtige Mitglieder, darunter Rosenberg, Beilicke und Schnabel, hatten es verstanden, dabei für sich noch ein Ertragesschäft zu machen, indem sie 20 000 Meter Köperstoff an einen Agenten Heber verkauften und Rosenberg 14 000 Mk., Beilicke und Schnabel je 14 000 Mk. Provision in ihre eigene Tasche leiteten. Die Sache kam heraus, Rosenberg wurde verhaftet, Beilicke und Schnabel sind in Urlaub gegangen und den flüchtigen Schieber hat man noch nicht, aber man sucht ihn. Das Netz in dem man ihn fangen will, ist bereits gestellt. Die Behörden sind bei dem Geschäft nicht geschädigt, denn die verschobenen Stoffe sowie die dabei verdienten Provisionen sind beschlagnahmt. Der S.-Rat als Korporation hat von der Reichsverwertungsstelle, die bei dem Verkauf gut verdient hat, vertragsmäßig eine hohe Provision bekommen. Das Geld ist verwendet zur Bezahlung der Wachmannschaften, zur Unterstützung der Familien usw., die Belege sind vorhanden. Aber dennoch wurde das Geschäft in der Versammlung stark angegriffen, da man meint, eine Behörde habe solche Provisionsgeschäfte nicht zu machen.

Der nachstehende Bericht gibt ein einigermaßen getreues Bild von den Vorgängen.

Die Verhandlungen leitet Kam. Platen. Die Versammlung beschließt, den Fall Rosenberg als ersten Punkt zu behandeln.

Kam. Adler berichtet etwa folgendes: Seit Wochen fiel es mir auf, daß Zivilpersonen so oft den Fernsprecher benutzen und bestimmte Personen des S.-Rates verlangten. Es ergab sich, daß ein Agent Heber Vollmacht zum Einkauf von Lebensmitteln und anderen Sachen für heimkehrende Krieger erhalten hatte. Ich protestierte gegen die Unterschrift auf jener Vollmacht, die ohne Wissen der anderen dafür zuständigen Mitglieder des S.-Rates gegeben war. Die Polizei nahm in jenen Tagen Rücksprache mit mir und fragte, ob beim Spediteur Kretschmar Köperstoff für uns lagere. Ich und Platen hatten davon keine Ahnung. Der S.-Rat hatte vorher von der Reichsverwertungsstelle die Mitteilung bekommen, daß im Muntionsdepot Köper und Nesseleinen lagere, von denen ständig Partien gestohlen würden. Der S.-Rat möge, damit die Stoffe nicht ganz verschwänden, sie verkaufen. Kam. Rosenberg als Vorsitzender des Finanzausschusses wurde mit dem Verkauf beauftragt. Er veräußerte die Stoffe an die Altkleiderstelle. Die Bücher darüber sind in Ordnung, Belege vorhanden, der bezahlte Betrag ist der Reichsverwertungsstelle durch Bankhaus Siedner überwiesen. Auch die Provision, die der Soldatenrat für den Verkauf bekam, ist verbucht. Später ergab sich, daß Rosenberg an den Agenten Heber gleichfalls Köper verkauft hatte. Das war unzulässig. Wir fanden aber in den Büchern auch darüber Belege. 20 000 Mark sind dort verbucht. Zur Aufklärung der Sache ließen wir Heber festhalten, um ihn Rosenberg gegenüberzustellen. Erst nachts gelang es, Rosenberg zu stellen. Heber erklärte nun, daß er

an Rosenberg eine Summe von 110 000 Mark gezahlt

habe. Ich nahm zu dieser Konfrontation Kam. Schnabel mit. Peinlich berührte es uns, zu erfahren, daß auch Schnabel und Beilicke, beide Mitglieder im engeren S.-Rat von dem Verkauf der Stoffe an Private wußten. Durch eingehende Untersuchung konnten wir feststellen, daß

Rosenberg 44 000 Mark Schmiergelder, Beilicke und Schnabel jeder 14 000 Mark eingesteckt hatten.

Beilicke war inzwischen abgereist. Er hatte gegen meinen Willen Urlaub genommen. Schnabel, der zunächst bei der Untersuchung zugegen war, mußte schnell ausgeschaltet werden, weil man ihm eigentlich von vornhere n ansah, daß er in der Sache keine reinen Hände hatte. Schnabel wollte nun auch auf Urlaub gehen, er ist aber da, wenn er gebraucht wird. Beilicke habe ich ebenfalls benachrichtigt. Selbstverständlich mußten wir im Interesse der Untersuchung ein paar Tage — die Sache spielt seit letzten Sonnabend — schweigen. Wir haben das Geld voll zurückerhalten. Rosenbergs Bankguthaben und Gelder sind für uns sichergestellt. Von Beilicke ist das Geld noch nicht da; es wird aber abgeschickt werden. Wo nicht, müssen wir Maßregeln ergreifen. Etwas ist aber noch im Gange. Man tappt hier einzelne Punkte noch im Dustern. Es sieht aus, als wären auch Gelder angeboten worden, um Putschversuche zu inszenieren. Ich würde gern aus meinem Amte gehen, aber ich glaube, im gegenwärtigen Stand der Untersuchung würde das der Sache schaden. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich durch meinen Posten als Vorsitzender des S.-Rates keinerlei finanzielle Vorteile habe.

Kam. Platen: Ich bin selbstverständlich an den Schiebungen nicht im mindesten beteiligt, sondern habe lediglich mitgewirkt, die Unredlichkeiten aufzudecken. Die Stoffe hat der Soldatenrat verkauft mit Wissen des Reichsverwertungsamtes. Der Staat ist nicht geschädigt, auch sonst keine Behörde. Wenn die Kameraden Rosenberg, Beilicke und Schnabel jene Provision annahmen, so war das eine Mehrforderung über den rechtmäßigen Betrag.

Kam. Schmidt: (?Name am Preßtisch nicht deutlich.) Das Reichsverwertungsamt wünschte, daß nur an eine Behörde, an die Kommune jene Stoffe verkauft werden sollten, um

Wucher und Kettenhandel zu verhindern.

Der Stoff ist aber durch die Machenschaften Heber-Rosenberg

von 1,50 Mark auf 10 Mark das Meter hinaufgetrieben

worden. Heber selbst setzte ihn für 8 Mark ab. Käufer waren angesehene hallische Möbelfirmen. **Ueberall bei sämtlichen Beteiligten sind sowohl die Stoffe, wie die Gelder beschlagnahmt, so daß die Käufer also die Stoffe und auch ihr Geld los sind.**

Kam. Juliusburger fragt, in welcher Weise der S.-Rat die Vermittlungsgebühr verwendet habe.

Kam. Adler: Die Verwendung ist doch eigentlich selbstverständlich. Davon sind die Verteidigungslegte und die Wachtmannschaften bezahlt, für die ja die Stadt Mittel zu geben abgelehnt hatte.

Kam. Groß: Es liegt hier eine arge Schiebung vor, die unmöglich gewesen wäre, wenn genügende Kontrolle obgewaltet hätte. Beilicke und Schnabel hätten keinen Urlaub bekommen dürfen außer durch die Fliegertruppe, der sie angehören. Die Fliegertruppe weiß aber nichts von dem Urlaub.

Kam. Platen: Der S.-Rat gibt selbständig Urlaub. Es wäre oft praktisch unmöglich, die Truppenteile zu befragen.

Kam. Wolf: In Magdeburg ist auf der Konferenz der S.-Räte gesagt worden: Der S.-Rat Halle ist ein Finanzgenie. Und das kam so. Kam. Schwarz erklärte dort, **wir zahlen unsere Sicherheitskommando selber ohne Unterstützung der Stadt.** Da fragte man erstaunt: Seid ihr reiche Leute? Sagt uns doch, wo ihr das Geld hernehmt. An dieser Sache sind jetzt die Soldatenräte des ganzen Armeekorps interessiert. Ich habe bisher geglaubt, die 5 Mark, die wir erhalten, zahle die Stadt für Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, und bin nun unangenehm überrascht, zu erfahren, woher die Gelder kommen. Der S.-Rat hat gar kein Recht, Gewinn aus jenem Warenverkauf in Anspruch zu nehmen, sondern der volle Gewinn gehört der Reichsverwertungsstelle.

Kam. Schwarz: Von den Stoffen wurde sehr viel gestohlen. Darum erging der Auftrag, ihn zu verkaufen. Wir zahlen der Reichsverwertungsstelle den reellen Preis, aber wir bekommen

eine Provision wie jeder Kaufmann.

Der S.-Rat ist eben in diesem Falle Kaufmann. (Laute Protestrufe: Nein! Nie!) Die Provision haben wir für Familienunterstützungen der Wachtmannschaften usw. benutzt, also lediglich für die Allgemeinheit; wir haben eben dadurch die Stadt nicht in Anspruch zu nehmen brauchen. Unreell war es, daß 20 000 Meter nicht an die Kommunalbehörde, sondern an einen Mittelsmann verkauft wurden. Der Kameraden sind an diesem unlauteren Geschäft beteiligt. (Zuruf: Wer ist der Vierte?) Das ist von den vier Kameraden ein Einbruch in unser Vertrauen, nach meinen Begriffen: schlimmer als ein Einbruch in den Geldschrank. Wenn jetzt in einer Zeitung das Metropolhotel in die Sache hineingezogen und gesagt wird, Die Angeschuldigten haben dort verkehrt und horrende Zechen gemacht, so ist das nicht richtig. So lange ich dort mit jenen Kameraden zusammen war, wurde nicht ausschweifend gelebt. Allerdings eine Flasche Wein kostet 15 Mark. Da sind 50 Mark schnell weg. Ich habe mich an Unmäßigkeiten nie beteiligt und weiß auch nichts davon. Es ist eine schamlose Ausnutzung der Pressefreiheit, wenn jetzt in den Zeitungen gesagt wird: Rosenberg und „die anderen" hätten Schiebungen gemacht. Ich gehöre jedenfalls nicht zu den anderen und werde Klage erheben.

Kam. Platen: Der Magistrat hat es abgelehnt, uns Gelder zu zahlen. Wir mußten Gelder schaffen. Da haben wir jene Provision gern benutzt. Die Reichsverwertungsstelle hat an den Stoffen 100 Prozent verdient.

Kam. Jänicke: Es kommen 100 000 Meter in Betracht, die im Artilleriedepot beschlagnahmt sagen. Davon hat die Stadt 80 000 Meter erhalten, Heber 20 000. Rosenberg hat aber noch andere Leute an der Hand gehabt. Ich denke dabei an die Ausweise für Autofahrer, an die Herausgabe von Gummireifen, die der engere Rat beschlagnahmt hatte. Es wird noch mehr an den Tag kommen. Wir haben 50 Pfennig am Meter verdient. Die Stadt hat die Leinwand auch zu einem geringeren Preise erhalten, als sie sie verkauft hat. Wenn auch keine einzige Behörde geschädigt ist, so muß doch das Volk die hohen Schiebergewinne zahlen. Wir haben schon einen Fall Kretzling erlebt, dem 75 000 Mark für unlautere Zwecke angeboten waren. Das Metropolhotel spielt bei diesen Angelegenheiten eine Rolle, an der man nicht gleichgültig vorübergehen kann. Es geziemt nicht Mitgliedern des S.-Rates, sich dort herumzutreiben, die Nacht durchzuzechen, so daß sie morgens noch beisoffen im Gaststimmer liegen. Wir haben festgestellt, daß dort Mitglieder des S.-Rates Zechen gemacht haben, die sie sich nicht vor 20 Mt. Tageseinnahme leisten können, diese Leute müssen eben noch andere Quellen gehabt haben. Auch Gruner, der frühere Vorsitzende, dem man so hohes Lob gespendet hat, war nicht ganz rein. Bei uns hatte er längst ausgespielt. Auch im Fall Kretzling drehte es sich mit um Gruner. Er war ein Lebemann. In den Sitzungen hat er manchmal geschlafen, weil er nachts dazu keine Zeit hatte. Durch unseren Genossen Reimann waren wir unterrichtet über die Völlerei, aber es ist vorgekommen, daß die Polizei, die gegen die nächtlichen Gelage einschreiten wollte, einfach von S.-Räten hinausexpediert wurde. Das trifft nicht bloß Gruner, sondern auch noch andere. (Zuruf: Namen nennen!) Und auch noch andere Lokale kommen in Betracht. Gruner war ein Schauspieler, der uns immer wieder einzuwickeln verstand. Von dem Großgrundbesitzer Wenzel in Teutschenthal hatte er beim hallischen Bankverein ein Guthaben von 2000 Mark. Aber er traute es sich nicht selbst abzuholen, sondern schickte einen gewissen Bunge. Die Sache war nicht rein, und die Geschichten, die uns Gruner erzählt hat, waren phantastische Erfindungen. Was der einzelne im Monat genußmehen hatte, wurde oft in einer Woche verzehrt. Als Zeeling sagte, er esse für 2 Mark im Gewerkschaftshaus, lachten ihn die anderen aus. Ein solches ausschweifendes Leben ziemt sich nicht für Mitglieder einer Korporation, die durch die Revolution ins Leben gerufen ist. Woher rühren denn die Putsche her? Man wirft den Spartakisten vor, daß sie mit fremdem Gelde gespielt haben. Aber vielleicht rührt das Geld ganz wo anders her. Vielleicht sollte durch die Putsche nur erreicht werden, daß die Leute im S.-Rat, die unter sich sein wollten, andere ihnen politisch nicht Genehme beseitigen könnten.

*

Ueber die weiteren Verhandlungen berichten wir in unserer Nachmittags-Nummer. Vorweg bemerken wir, daß im Laufe der Debatte ein Antrag, die S.-Räte Rosenberg, Schnabel und Beilicke vom Soldatenrat auszuschließen, einstimmig angenommen wurde.

Vor einem Generalstreik der mitteldeutschen Bergarbeiter!

Uns geht folgende Zuschrift zu Zeit zu:

„Die unabhängigen Sozialisten, sämtliche Bergarbeiter des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks in den Generalstreik eintreten zu lassen, falls bis Sonntag abend die Reichsregierung nicht die vom Bezirksbergarbeiterrat am Oberbergamt Halle im Gegensatz zu den bisher erlassenen Verordnungen der Reichs- und Staatsbehörden gewünschten Betriebsräte auf den Braunkohlenbergwerken anerkennen will.

Es soll dafür gesorgt sein, daß Militär zum Schutze der Werksanlagen auf den Bahnstrecken von Halle und Weimar nicht herangebracht werden kann. Außerdem sollen die Eisenbahnarbeiter sich den Wünschen der Bergarbeiter anschließen.

Sind diese Nachrichten, woran wir nach unserer Quelle nicht zweifeln vermögen, wahr, so sind sie ein einwandfreier Beweis für den grenzenlosen Terror mit dem die unabhängige Sozialdemokratie heabsichtigt, die Macht im Staate, die ihr durch den Ausfall der Wahl zur Nationalversammlung nicht geworden ist, an sich zu reißen, und das deutsche Wirtschaftsleben in ihrem Sinne zu leiten, d. h. nach russischem Muster zu vernichten."

Die Zuschrift schließt: „Wir erwarten, daß die Reichsregierung diesem unerhörten Drucke nicht nachgeben wird, es handelt sich um ihr Ansehen bei der Arbeiterschaft und um ihre Machtstellung. Nachdem die Nationalversammlung auf ordnungsmäßigem Wege zustande gekommen ist und den unbedingten Ausdruck des Volkswillens darstellt, kann es nicht geduldet werden, daß eine kleine Gruppe unter Anwendung schlimmster Gewalt die eben erst mühevoll geschaffene Ordnung untergräbt."

Den Roman mußten wir heute wegen des ganz außergewöhnlichen Stoffandranges zurückstellen. Wir bitten unsere Leser, das freundlichst entschuldigen zu wollen.

Die Zuschrift für Kriegsteilnehmer aus Handel und Industrie, die gemeinsam von der Handelskammer, dem Kaufmännischen Verein und der Arbeitsgemeinschaft Kaufmännischer Verbände eingerichtet sind, konnten bisher wegen Mangel an Kohlen und Licht nicht beginnen. Die Leitung will nunmehr mit dem Einsetzen wärmerer Witterung versuchen die Kurse am Donnerstag, den 20. Februar, zu eröffnen. Bereits gemeldete Teilnehmer erhalten wegen des Beginnes schriftliche Nachricht, weitere Anmeldungen werden im Sekretariat des Kaufmännischen Vereins, Gr. Ulrichstraße 10, abends von 7—8 Uhr, entgegengenommen.

Provinzial-Nachrichten.

Magdeburg, 14. Februar. Heute vormittag 12.27 ist auf dem Bahnhofe Eggersdorf ein ausfahrender Güterzug mit einem von Gisendorf kommenden Güterzuge zusammengestoßen. Personen sind nicht verletzt worden, dagegen ist der Sachschaden bedeutend. Der Personenverkehr wird bis zum Freiwerden der Geleise umgeleitet. Die Schuldfrage steht noch nicht fest.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 14. Februar. An der Börse ging es heute ziemlich still her, da sich die Spekulation in Erwartung der bevorstehenden Veröffentlichung der Steuervorlagen weiterhin Zurückhaltung auferlegte. Sehr feste Haltung zeigte sich für alle internationalen Werte. So waren Orientbahn und Türkischer Tabak [illegible] Heinrich müßig gefestigt. Auf ausländische Rentenwerte mit Mexikanern an der Spitze, stellten sich zum Teil [illegible] Auf den übrigen Gebieten war die Kursgestaltung hierdurch nicht beeinflußt, da besonders in Montanwerten, abgesehen von dem anfangs etwas festeren Gelsenkirchen, Verkaufsneigung vorherrschte, die sich später verstärkte und mit Verstaatlichungsabsichten der Kohlen- und Eisenwerke begründet wurde. Schiffahrtswerte waren zumeist unverändert. Etwas fester waren Hansa, Farbwerte, Elektrizitäts- und Rüstungswerte waren nahezu geschäftslos, mit Ausnahme von Daimler, die zu schwankenden Kursen lebhaft umgingen. Kriegsanleihen drückten im Kurse um Kleinigkeit ab. Unverändert waren zumeist die alten heimischen Anleihen, etwas höher wurden österreichisch-ungarische Anleihen bewertet. Die zu Endnotizkursen gehandelten Industriewerte waren, abgesehen von einzelnen stärkeren Erhöhungen, überwiegend schwächer, wie überhaupt die Börse in schwacher Verfassung war.

Produktenbericht.

Berlin, 14. Februar. Wenn sich auch bei vielen Landwirten die Druscharbeiten noch lange hinausschieben scheinen, so sind die Getreidezufuhren an die hiesigen Mühlen doch nicht unbeträchtlich, da in vielen Distrikten auf den Ausdrusch bis Mitte Februar gedrängt worden ist. Im hiesigen Verkehr mit Landesprodukten hat sich nichts verändert. Sämereien blieben allgemein knapp, die Tendenz daher nach wie vor fest. Namentlich für Seradella ist dies der Fall. Saatgetreide ist ardauernd gesucht, aber nur schwer zu haben. Von Rauhfutter ist im freien Verkehr nur wenig zu sehen. Auch die Kommunen werden nur in unzureichendem Maße beliefert.

Weitere Erhöhung der Eisenpreise. In der Sitzung des Stahlwerksverbandes wurde die gesamte Lage der Eisenindustrie eingehend erörtert. Die Berichte über die Steigerung der Selbstkosten der Hüttenwerke infolge der ohne jede Rücksicht auf ihre Fortexistenz erfolgenden Lohnforderungen und des Rückganges der Produktion ergaben übereinstimmend die Tatsache, daß auch die bestfundierten Betriebe in absehbarer Zeit mit dem Verlust ihres gesamten Vermögens und der Notwendigkeit des Erliegens rechnen müssen. Die bisherigen Verkaufspreise decken im allgemeinen nicht annähernd die Selbstkosten, zum Teil kaum deren Hälfte. Trotzdem wurde nur eine Preiserhöhung der Verbandsprodukte (Halbzeug, Formeisen und Schienen) um weitere 100 Mark pro Tonne beschlossen. Die Selbstkosten der Werke werden damit bei weitem nicht erreicht. Der Stahleisenverband hat sich dem Vorgehen des Stahlwerksverbandes angeschlossen und die Verkaufspreise für Stabeisen ebenfalls um 100 Mark und für Bandeisen um 125 Mark erhöht.

Berliner Börse

vom 14. Februar 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	89,50
		Dürkoppwerke	338,00
Halberst.-Blankenb.	90,00	Elberfelder Faber.	278,75
Halle-Hettstedter	77,50	Felten & Guilleaume	153,00
Schantungbahn	109,12	Gasmotoren Deutz	119,00
Allg. Lokal-Str.	140,50	Gebhard & Co	221,00
Gr. Berl. Str.	121,00	Gelsenkirchen Berg	150,00
Magdeburger Str.-B.	172,00	Glauziger-Zuckerfbk.	230,00
Prinz-Heinrich-B.	161,62	Hallesche Maschfbk.	---
Orientbahn	192,00	Hann. Masch.	322,00
		Harpener Berg	165,50
Schiffahrts-Aktien:		Hasper Eisen	140,00
		Hirsch Kupfer	180,00
Hambg. Paketfahrt	89,50	Höchster Farbw.	259,00
Hambg. Südamerika	---	Hoesch Eisen u. Stahl	225,00
Hansa-Dampfschiff.	187,00	Hohenlohe-Werke	109,12
Nordd. Lloyd.	90,50	Humboldt Masch.	126,00
		Ilse Bergbau	310,00
Bank-Aktien:		Kahla Porzellan	290,25
		Kaliw. Aschersleben	166,50
Bank f. Thür.	140,00	Körbisd. Zucker-Akt.	---
Berl. Handelsges.	156,50	Kyllhäuserhütte	---
Commerz- Diskontobank	126,00	Lahmeyer & Co.	116,25
		Leuchhammer	166,50
Darmstädter Bank	120,50	Lauchhütte	186,00
Dessauische Landesbank	---	Linke & Hofmann	308,00
		Ludwig Loewe & Co.	238,00
Deutsche Bank	211,00	Lothringer Hütte	135,00
Diskonto-Comm.	168,00	Mannesmannröhren	180,00
Dresdner Bank	146,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	137,25
Leipzig Credit-Anst	150,00	do. Caro Hag.	126,25
Mitteld. Kreditbank	122,50	do. Kokswerke	209,00
Nationalbank	---	Orenstein & Koppel	154,25
Oesterr. Kredit	---	Phönix Berg	190,00
Reichsbank	130,25	Rhein. Metall-Vorz.	149,00
		Rhein Stahlwerken	149,75
Industrie-Aktien:		Riebeck. Montan	190,00
		Romscher Hütten	153,25
Schultheiss-Brauerei	244,00	Rositzer Braunk.	120,00
Akt. f. Anilin	287,00	Rositzer Zucker	133,75
Allgem. Elektr. Ges.	168,12	Sangerhäuser Masch.	242,00
Ammendorfer Papierfbk.	---	HugoSchneider & Co.	213,00
		Schuckert & Co.	---
Anhalt. Kohlenw.	180,00	Siemens & Halske	152,25
Annaberger Steingut	172,25	Stettiner Vulkan	145,75
Badische Anilin	292,75	Stollberger Zinkh	115,00
Bergmann Elekt. Akt.	145,00	Strals. Spielkarten	218,00
Berl. Masch.-Bau	225,63	Thale-Eisenhütte	289,25
Bismarckhütte	196,00	Triptis Porzellan	182,00
Bochumer Gußstahl	189,50	Türk. Tabakregie	420,00
Chem.-Fabr. Buckau	121,50	Ver. Köln-Rottweiler	194,75
Chem. Griesheim	200,50	Ver Glanzstoff	458,75
Chem Heyden	240,75	Wegelin & Hubner	160,00
Consolidation Schalk	—	Werschen-Weißenfelser Braunk.	---
Gröllwitzer Papierfbk	219,00		
Daimler Motoren	229,00	Westeregeln Alkali	217,00
Deutsche Luxemburg	121,00	Wittener Gußstahl	195,75
Deutsche Uebersee Elektr.	138,50	Wrede Mälzerei	113,00
Deutsche Erdöl	251,50	Zschaw-Kriebitsch Braunk.	---
Deutsche Gasglühl.	330,00	Zeitzer Masch.	292,00
Deutsche Kali	167,00	Zellstoff Waldhof	210,50
Deutsche Waffen u. Mun.	189,75	Otavi-Minen.	110,75
Donnersmarckhütte	243,00		

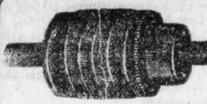
L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg).
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Heimes; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Handel, Gewerbe und Verkehr: Eugen Quintmann; für Sport, und Briefkasten: Friedrich Miesicnet; Feuilleton, Unterhaltungsblatt: Leopoldine [illegible] Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bleiel.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190215010/fragment/page=0003

Gute Anzüge! Wie neu!
für 70 Mark
erhalten Sie, wenn Sie Ihren alten Anzug wenden lassen·
Anfertigung, Wenden, Umänderung u. Aufbügelung
von Herren- und Damen-Garderobe.
Vorzügliche schnellste Ausführung unter persönlicher fachmännischer Leitung sowie erstklassiger Kräfte.
Wende-Werkstatt **TADELLOS** Schnell-Reparatur
Gr. Ulrichstr. 32. Fernsprecher angemeldet.
Fachmännischer Rat wird gern erteilt.
An- und Abholung schnell und prompt.

Steuerbearbeitung, Bücher-Revision, Einrichtung, Abschlüsse.
R. Wipper. Wuchererstr. 35. Tel. 1895.
Geprüfter und vereidigter Bücherrevisor.



Reparatur-Werkstätten für elektr. Maschinen u. Apparate.
Ankerwicklungen, Kollektorenbau.
Kurze Lieferfristen.
— Mäßige Preise. —
Rast.
A 158/5 **Geiststr. 28.**

Dachpappen - Teerprodukte wieder vorrätig.
Friedrich Jesau,
vorm. Wilhelm Reupsch. G. m. b. H. A 287/5
nur Dessauer Strasse.

Die grosse Mode!
Kunstseidene gestrickte Jacken
für Damen, junge Mädchen und Kinder
Kunstseidene gestrickte Blusen
Kunstseidene gestrickte Kinder-Mäntel
empfiehlt in sehr großer Auswahl und vielen modernen Farben preiswert
H. Schnee Nachf.,
A. & F. Ebermann,
Halle a. S. — Große Steinstraße 84.

Frau Anny Bestvater-Schumacher
Dentistin
Behandlung kranker Zähne und Zahnersatz
Sprechzeit: 9—1, 3—6, Sonntags 10—12.
Halle a. d. S., Magdeburger Strasse 46, I,
gegenüber dem Wasserturm. Fernruf 4158.

Im Kriege glänzend bewährt!!
Jetzt bedeutend verbessert!!
ist
Intreihweiss
Wasch- und Bleichextrakt
das beste sauerstoffhaltige Waschmittel.
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich!

Aufruf
zum Eintritt Freiwilliger bei den 12. Husaren!

Die von Osten her drohende Offensive der Bolschewiki-Armeen, die Gefahr neuer terroristischer Umsturzbestrebungen des Spartakusbundes machen es jedem, dem das Wohl unseres Vaterlandes und die Sicherungen seiner Grenzen am Herzen liegt, zur Ehrenpflicht, jetzt nicht mehr untätig abseits zu stehen, sondern seine Kräfte in den Dienst seines Vaterlandes zu stellen.

Wir rufen in erster Linie alle alten 12. Husaren, denen noch ein Funken alter Treue und Anhänglichkeit zu ihrem Regiment im Herzen lebt, auf, zu uns zu kommen und mit uns einzutreten für:

Sicherung der Reichsgrenzen gegen den äußeren Feind!
Ruhe und Ordnung für unser Vaterland!
Friedliche Arbeit und Schutz des Eigentums!
Schutz der Regierung gegen den Terror!
Schutz der Nationalversammlung!
Sicherstellung der Durchführung ihrer Beschlüsse!

Uns ist aber **auch jeder andere deutsche Soldat,** der k. v. ist, in der Front gewesen, im Besitz der Entlassungspapiere, einschl. Soldbuch, ist und sich den bewährten Grundsätzen deutscher Manneszucht und Führung unterwirft, herzlich willkommen.

Wir brauchen vor allem:

Kavalleristen, denn wir wollen als berittenes Regiment ausrücken.

M.-G.-Schützen, zur Aufstellung einer M.-G.-Eskadron.

Fahrer, Handwerker, (Schmiede, Schneider, Köche, Sattler),

Schreiber.

Angehörige bestehender Truppenteile, die uns beitreten **wollen, bringen möglichst** ihre Feldausrüstung, die bereits entlassenen Mannschaften ihre Entlassungsanzüge, die gegen Abschätzung angekauft werden, mit.

Jeder Angehörige erhält mobile Löhnung, **mindestens** aber 30 Mk. monatlich, 5 Mk. Tageszulagen und im Gebiet des Ober-Ost eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie von 30 Mk., steigend um 5 Mk. bis zu 50 Mk. Freie Verpflegung, Unterkunft und Kleidung, Versorgungsansprüche und Familienunterstützung werden gewährt. Freiwillige verpflichten sich mit dem Tage des Eintritts für einen Monat. Kündigung 14 Tage vor Ablauf desselben.

Bei endgültiger Entlassung werden Entlassungs-Gebührnisse gezahlt. Entlassungs-Anzug wird mitgegeben! A 375

Meldet Euch **sofort schriftlich** beim Regiments-Geschäftszimmer Torgau a. E., Husarenkaserne, Ihr werdet dann einberufen, ein Fahrschein wird Euch vom Regiment zugesandt.

Thüringisches Husaren-Regiment Nr. 12,
Torgau a. d. E.

Allgemeine Rentenanstalt zu Stuttgart
Lebens- u. Rentenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit / Gegr. 1833
Lebensversicherung
// unter Einschluß der Kriegsgefahr // A 374/1
nach neuen Tarifen und entgegenkommendsten Bedingungen.

Unterricht

Dr. Krause's höhere Lehranstalt, verbunden mit Knaben-Vorschule,
bereitet für alle Klassen der höheren Schulen vor. Beginn des Schuljahres 1. April. Anmeldung der Lernanfänger täglich 12—1 Uhr bei dem Unterzeichneten. A284/1
Dr. Busse, Heinrichstraße 14.
Fernruf 4975.

Dr. Harang's Anstalt. Abendkurse von 8—10 Uhr.

Für Klavier-Reparatur u. -Stimmung nur g. Ausführung (auch n. außerhalb) empfiehlt sich **D. Kruse.** Gr. Brauhausstr. 15.

Pianolas, Pianolapianos, Blüthner-Ducanola-Pianos usw.
in großer Auswahl vorrätig. Preise von 2500 bis 10 000 Mk.
Grosses Notenrollenlager in 88- u. 65-tönigen Notenrollen. A 166 5
Notenrollen-Abonnements.
B. Döll, Gr. Ulrichstraße 33/34

Holzschuhe, Holzpantoffel
in sauberer haltbar. Ware offeriere preiswert.
A. Worg, Pantoffel-Fabrik
Zwintschöna bei Halle a. S.
Telephon 1840.

Staubtücher
empfiehlt V335 5
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Offene Stellen

Jüngerer Heizungstechniker
gewandt im Entwurf und Ausführung von Projekten, für
Dampf- und Warmwasser-heizungs-Anlagen,
der sich im Installationsfach für Gas, Wasser und Elektrisch ausbilden will, per sofort gesucht.
Offerten mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter **B. N. 7013** an **Rudolf Mosse,** Brüderstraße 4. A 288

Kaufmänn. Lehrling
mit guten Schulkenntnissen sucht
Ferd. Haassengier
Metallwarenfabrik,
Barfüßerstr. 9.

Gr. Vereinszimmer
alt-deutsche Einrichtung, zu vergeben an Vereine und Gesellschft. Off. u. B. F. 7006 an Rud. Mosse, Brüderstr. 4.

Vermietungen

Poststraße 8, grosser Laden
m. 2 Nebenräumen 1. April ent. später zu verm. Vorzügl. geeignet f. Ausstellung od. Büroräume. Näheres daselbst I. Stock

---

Zu verkaufen

Grundstück Dryanderstr. 27
ist sofort billig verkäuflich.
Näheres Parterre.

Kaufgesuche

Kaninchenfelle,
Hasenfelle, sowie alle anderen Sorten **Felle, Häute, Tierhaare und Wolle** kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178.

Kontrollkassen,
National-Totaladdierer, ält ere und neuere Modelle, kaufen wir gegen bar Off. unt. J. O. 6751 an **Rudolf Mosse,** Magdeburg.

Gebrauchte Klaviere
und Flügel zu Höchstpreisen gesucht.
Verkäufer spart Luxussteuer.
B. Döll,
Klavierhandlung, Gr. Ulrichstr. 33/34.

Zu verpachten

Gast- und Backhaus-Verpachtung.
Das hiesige Gemeinde-Gasthaus „Ratskeller“, verbunden mit Materialwarenhandlung und Fleischerei, sowie das Gemeindebackhaus, welche am 1. Mai d. J. pachtlos werden, sollen am 22. Februar 1919 nachmittags um 2 Uhr öffentlich, meistbietend im oben genannten Gasthause verpachtet werden. a 267
Pachtliebhaber werden mit dem Bemerken eingeladen, daß Vermögensnachweise und Führungszeugnisse mindestens 1 Stunde vor dem Verpachtungstermine beim Unterzeichneten vorzulegen sind.
Grossleinungen, den 4. Februar 1919.
Der Gemeindevorstand
Harnisch.

Geldverkehr

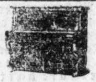
An- und Verkauf, Beleihung von A287/5
Kriegsanleihen
und aller sonstigen
Wertpapiere.
L. Schönlicht, Bankgeschäft
Poststr. (Stadt Hamburg)

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit,
— Ohrgeräusch, — nerv., Ohrschmerzen.
Glänzende Anerkennung.
Sanis-Versand Münch. 987b

Kontorutensilien
in allen Arten bei
J. Zoebisch, Grosse Steinstr. 82

Vermischtes

Reinigen, Umsetzen und Reparieren, samtl. Oefen führt sachgemäss aus
Kachellager für neue Oefen
Friedrich Rudloff,
Töpfermeister. Alter Markt 16.



Pianos
in allen Holz- u. Stilarten in großer Auswahl.
C. Rich. Ritter
Flügel- u. Pianofabrik.

Handschrift deutet umsonst. Rückp 25 Pf. Graphol. Schneeweiß, Berlin, Elsasserstraße 19.

Lichtfestes Papier
zur Schaufenster-Dekoration
J. Zoebisch, Grosse Steinstr. 82

Gummiwaren Fachgeschäft und Versandhaus
C. Klappenbach
Gr. Ulrichstraße 41.
Fernruf 6545 vl72 4

Sport-Artikel
für
Fussball-, Tennis-, Hockey-Spieler, Radfahrer, Ruderer, Turner
sowie für
Leichtathletik und Touristik
empfiehlt V335 5
in großer Auswahl sehr preiswert
H. Schnee Nachf.
A. & F. Ebermann,
Halle a. S., Gr. Steinstr. 84

Richard Flemming,
Brüderstr. 16 am Markt, neb. Löwen-Apoth.

Anfertigung von
Augengläsern jeder Art,
Militär-Feldstecher,
Kompasse, Schrittzähler,
Reisszeuge,
Baro- und Thermometer,
Taschenlampen.
Fernruf 5137.

Wegen Aufgabe des Artikels verkaufe unter Einkauf
Wasch-Pulver!!
vom K-A. genehmigt in Paketen, Fässern sowie kleine Posten
F. W. Paul Richter,
Meckelstr. 14.

Bettnässer
erhalten Auskunft umsonst bei Alters- u. Geschlechtsangabe.
Sanis-Versand München 684.

Leinen-Kragen

aus echtem Material in allen Weiten und Formen vorrätig:
Weiche Kragen.
Weiche Servileurs.
Manschetten.
Otto Blankenstein,
Obere Leipzigerstr. 71
Obere Steinstr. 36. A 166

Bettnässen
Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. **Versandhaus Wohlfahrt, München 250**
Isabellastraße 12. a 08/7

Spezial-Artikel
braunes
Tongeschirr
Einmachetöpfe, Büchsen, Schmortöpfe, Schüsseln, Milchtöpfe, Satten usw.
S. H. Schönbach,
Schmeerstr. 1

Postkarten-Rahmen und Sammel-Rahmen
— empfiehlt —
J. Zoebisch Große Steinstr. 82

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in grosser Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik
Gr. Märkerstrasse 26
am Ratskeller.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190215010/fragment/page=0004
DFG